

## INHALT

1. Kurswechsel der Grünen beim Thema Inklusion
2. Neues Denkmalschutzgesetz erfordert zusätzliches Personal im Ministerium
3. SPD, Grüne und SSW drehen trotz Rekordeinnahmen an der Steuerschraube
4. Unterwegs im Kreis Stormarn
5. Statistischer Bericht zur Kindertagesbetreuung

15.11.2013

### **Kurswechsel der Grünen beim Thema Inklusion** **CDU-Fraktion begrüßt Vorschlag zur Einrichtung von Schwerpunkt-Regelschulen**



Heike Franzen, MdL

Die schulische Inklusion - also die Teilhabe von Kindern mit Behinderung am Unterricht in Regelschulen - war das beherrschende bildungspolitische Thema der Woche. Nachdem die Lehrgewerkschaft GEW diese Woche vor dem Landeshaus demonstrierte und 1000 zusätzliche Lehrerstellen für diese Aufgabe von der Landesregierung forderte, berichteten die Lübecker Nachrichten über einen Kurswechsel der Grünen bei diesem Thema.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, begrüßte den von der Grünen Bildungspolitikerin, Anke Erdmann, angekündigten Kurswechsel. Die Lübecker Nachrichten berichteten gestern (14. November 2013), die Grüne Erdmann denke laut über eine Einrichtung von Schwerpunkt-Regelschulen für Inklusion an zentralen Orten nach. Dort ließen sich spezielle Lehrkräfte und Ressourcen bündeln.

„Von diesem Vorschlag profitieren auch und gerade Inklusionskinder. Ihnen hilft der Besuch einer Regelschule nur dann, wenn an dieser Schule die Voraussetzungen stimmen. Nach den Äußerungen der Kollegin Erdmann bin ich zuversichtlich, dass diese Erkenntnis sich auch in der Regierungskoalition durchsetzen wird“, so Franzen.

Derzeit werden 9500 Förderkinder in Regelschulen unterrichtet. Nur 6500 Kinder besuchen eigens eine Förderschule. Der im Bundesvergleich hohe Anteil von inklusiv beschulten Kindern stelle dabei eine hohe Herausforderung an die Regelschulen, denen die Landesregierung mit der derzeitigen Ausstattung von Lehrkräften und Sonderpädagogen nicht gerecht werde.

„Wir brauchen eine ehrliche Bestandsaufnahme über die Qualität der inklusiven Beschulung in unserem Land. Und dann müssen wir gemeinsam darüber sprechen, auf welchem Wege die Inklusion am besten gelingen kann“, forderte Franzen.

Dazu gehöre auch eine ehrliche Debatte über die zukünftige Rolle der Förderzentren. Es sei bemerkenswert, dass der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen sich für die Einrichtung von Schwerpunkt-Regelschulen für Inklusion ausspreche.

---

### **Neues Denkmalschutzgesetz erfordert zusätzliches Personal im Ministerium Schlagabtausch zwischen Hans-Jörn Arp und Lars Harms (SSW)**



Hans-Jörn Arp, MdL

In dieser Woche wurden Pläne von Kulturministerin Anke Spoorendonk öffentlich, nach denen zusätzliches Personal für die Erfassung von Denkmälern eingestellt werden soll. Hintergrund: Aufgrund der von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Änderung müssen 16.000 so genannte „einfache Denkmale“ erfasst werden.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, kritisierte die Planungen scharf: „Das zeigt, wie wenig sich SPD, Grüne und SSW um die wirklichen Probleme des Landes scheren. Diese Regierung kürzt bei der Straßenplanung und der Polizei. Aber für überflüssige Bürokratie beim Denkmalschutz soll zusätzliches Personal eingestellt werden.“

SSW-Fraktionschef Lars Harms nahm daraufhin seine Parteifreundin Spoorendonk in Schutz, indem er süffisant die Kosten für die Denkmalerfassung in Autobahnmeter umrechnete. Es gehe dabei „nur“ um 50-100 Meter, da sei die Denkmalerfassung wichtiger. Arp konterte, er nehme auch 50 Meter gerne, am liebsten westlich der A7. Allerdings wolle Harms mit dem

Vergleich nur davon ablenken, dass sieben Stellen in der Planfeststellungsbehörde für den Fortgang des A20-Baus viel bewegen könnten. Wenn dagegen mit sieben Mitarbeitern 16.000 Denkmäler erfasst würden, seien Gerichtsverfahren absehbar.

Besonders pikant am Vorstoß der Ministerin ist, dass der heutige Ministerpräsident Torsten Albig im Wahlkampf den Denkmalschutz als einziges konkretes Beispiel nannte, wo er Bürokratiekosten und damit Stellen einsparen wollte. Damals wollte er den Denkmalschutz abschaffen und die Zuständigkeit auf die Kreise übertragen.

„Sporendonk macht mit ihrer Initiative Albig lächerlich“, so Arp.

---

## **SPD, Grüne und SSW drehen trotz Rekordeinnahmen an der Steuerschraube Novembersteuerschätzung bringt noch einmal ein deutliches Plus**



Tobias Koch, MdL

Die in dieser Woche veröffentlichte Steuerschätzung bringt Schleswig-Holstein mit über 400 Millionen Euro zusätzlich noch einmal ein deutliches Plus an Mehreinnahmen. Wie gut sich die Einnahmeseite entwickelt hat, zeigt ein Vergleich mit 2010: Damals kamen 6,4 Milliarden Euro in die Kasse, kommendes Jahr werden es knapp acht Milliarden sein.

Dennoch wollen SPD, Grüne und SSW auf die beschlossene Erhöhung der Grunderwerbssteuer nicht verzichten. Genau dazu forderte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch die Regierung auf: „Es gibt keinen Grund, den Menschen noch tiefer in die Tasche zu greifen. Wenn SPD, Grüne und SSW damit nicht auskommen, dann werden sie sich nie zügeln“, erklärte er in einer Pressemitteilung. Die Agentur für Arbeit habe bereits vor mangelnden konjunkturellen Impulsen gewarnt. Eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer schwäche als erstes die Bauwirtschaft und würge das Wirtschaftswachstum weiter ab.

Finanzministerin Monika Heinold habe in nur zwei Jahren zusätzliche Ausgaben in Höhe von fast 700 Millionen Euro bewilligt. „Diese mangelnde Ausgabendisziplin wird sich früher oder später rächen. Heinold darf sich nicht länger dazu verleiten lassen, immer neuen Ausgabenwünschen nachzugeben“, forderte Koch.

## Unterwegs im Kreis Stormarn

### Fraktionschef Johannes Callsen informiert sich über Folgen der FAG-Reform und die Arbeit des Blutspendedienstes des Deutschen Roten Kreuzes (DRK)

Die geplante Reform des Finanzausgleichsgesetz (FAG) erhitze in diesen Wochen viele Gemüter. Allein der Kreis Stormarn und seine Gemeinden sollen 13 Millionen Euro verlieren. So sehen es die Pläne von Innenminister Breitner vor. Anlass für Oppositionsführer und CDU-Fraktionschef Johannes Callsen sich vor Ort über die Auswirkungen zu informieren.

Am Mittwoch (15. November 2013) trafen sich Callsen und die Stormarner Abgeordneten Tobias Koch und Rainer Wiegard mit Bürgermeister Dr. Henning Görtz und Kreispräsident Hans-Werner Harmuth im Bargtheider Rathaus. Die beiden Stormarner Kommunalpolitiker zeigten sich besorgt über die Pläne der Landesregierung. Würde die FAG-Reform so beschlossen, könnten sich der Kreis und viele Gemeinden wichtige Leistungen und Angebote nicht mehr leisten. Das käme auch den Einwohnern teuer zu stehen. Schwimmbäder, Volkshochschulen und andere freiwillige Leistungen – all das müsse dann auf den Prüfstand gestellt werden. Fraktionschef Callsen betonte: „Die Landesregierung bestraft all jene Gemeinden, die in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben. Die Finanzprobleme der kreisfreien Städte sind nicht durch eine Umverteilung von Geldern zu Lasten des Umlandes zu lösen.“

Die Kreisbereisung führte die Kieler Abgeordneten auch zum Institut für Transfusionsmedizin des DRK in Lütjensee, das mit seinem Partnerinstitut in Schleswig rund 110 Krankenhäuser in Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin mit Blutprodukten versorgt. Institutsleiterin Dr. Sabine Kraas führte die CDU-Delegation durch das neue hochmoderne Produktionsgebäude und wies auf die problematischen Folgen der demographischen Entwicklung hin. Wegen rückläufiger Erstspenden werde händeringend Nachwuchs gebraucht, um die Blutversorgung der Bevölkerung weiter sicher zu stellen.



Die CDU-Delegation um Fraktionschef Johannes Callsen informiert sich über die Blutversorgung im Norden.

---

## Statistischer Bericht zur Kindertagesbetreuung

### Schleswig-Holstein liegt über dem Durchschnitt der alten Bundesländer

Das Statistische Bundesamt hat diese Woche einen Bericht zur regionalen Kindertagesbetreuung 2013 veröffentlicht (Link siehe unten). Der Vergleich der Kreise und Bundesländer bezieht sich auf den Stichtag 1. März 2013 und zeigt die positive Entwicklung des von der CDU-geführten Landesregierung eingeleiteten Ausbaus der U3-Betreuung in Schleswig-Holstein.

Mit einer Betreuungsquote von 26,3 Prozent konnte Schleswig-Holstein die Betreuung der unter dreijährigen im Vergleich zum Vorjahr (24,2 Prozent) erneut ausbauen. Im relevanten Vergleich der „alten“ Bundesländer liegt Schleswig-Holstein damit erneut über dem Durchschnitt von 24,2 Prozent und vor vergleichbaren Flächenländern wie Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und dem Saarland.

„Wir sind in dem Bereich wirklich gut voran gekommen. Das wird auch dadurch deutlich, dass in Schleswig-Holstein noch nicht auf einen Platz geklagt wurde“, erklärte die zuständige Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen.

Wie in den vergangenen Jahren auch stellt der Bericht ein starkes Gefälle zwischen den „neuen“ und den „alten“ Bundesländern fest. Im Osten ist die Betreuungsquote mit 49,8 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in den westlichen Bundesländern. Bundesweit an der Spitze liegt dabei Sachsen-Anhalt mit einer Quote von 57,7 Prozent. Schlusslicht ist Nordrhein-Westfalen mit einer Quote von 19,9 Prozent.

Link zum Bericht:

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/KindertagesbetreuungRegional.html>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)